

ANC nach wie vor laute "Südafrika gehört allen, die dort leben, Schwarzen wie Weißen"; antiweiße Ressentiments seien nur ein vorübergehendes Phänomen. Ganz anders sei es mit der AZAPO ("Azanian People's Organization") bestellt, die nichts mit Weißen zu tun haben wollen.

In der Freiheitscharta des ANC werde gefordert, daß die "Reichtümer des Landes dem Volk gehören" sollen - dies läuft also auf Nationalisierung der Banken und Bergwerke hinaus.

Differenzierungsüberlegungen sind der chinesischen Südafrikapolitik fremd: Zum einen will man die Gegensätze zwischen den beiden wichtigsten Befreiungsbewegungen nicht zur Kenntnis nehmen - kein Wunder, da man sich in diesem Zusammenhang bereits im früheren Mozambique und Angola die Finger verbrannt hat, nachdem man vorher jeweils die "falsche Partei" unterstützt hatte. Man nimmt aber auch nicht zur Kenntnis, daß sich die schwarze Bevölkerung aus einer Vielzahl von Völkern zusammensetzt, zwischen denen heftige Gegensätze und Rivalitäten bestehen, und daß beispielsweise in der Region Durban in letzter Zeit zahlreiche Zusammenstöße zwischen Zulus und anderen Völkern, aber auch zwischen verschiedenen Zulu-Frakturen stattfanden. Daß hier eines Tages ähnliche blutige Konflikte auftreten könnten wie früher beispielsweise in Ruanda-Burundi, wird nicht zur Kenntnis genommen.

Des weiteren muß man sich fragen, ob sich die chinesische Führung eigentlich schon klargemacht hat, daß vielleicht auch die Sowjetunion aus den Unruhen Vorteile ziehen und sich an der strategisch so wichtigen südafrikanischen Spitze festsetzen könnte.

Die Südafrikapolitik Beijings erscheint nach alledem allzu undifferenziert und pauschal - und auch etwas halbwehr, wenn man bedenkt, daß China sogar mit den wenigen afrikanischen Studenten in seinem Land gewisse Apartheidprobleme hat (vgl. dazu die andere Übersicht) und daß übrigens China auch mit südafrikanischen Firmen bereits Geschäfte (Mais betreffend) abgeschlossen hat.

Seit einem Regierungsbeschluß vom Mai 1985 gelten die in Südafrika lebenden Chinesen übrigens rechtlich als "Weiße". Bis dahin waren die mehreren Zehntausend Chinesen in Südafrika als "Nichtweiße" klassifiziert worden und durften nicht wählen - inzwischen sind sie "Weiße ehrenhalber" (NZZ, 1.6.85). -we-

ASIEN

*(4)

Neue Grenzverhandlungen zwischen Indien und China

Seit Wiederaufnahme der Grenzgespräche i.J. 1981 ist es inzwischen zu sieben Runden gekommen (einen Überblick über vorausgehende Gespräche gibt C.a., November 1983, Ü 3; C.a., November 1985, Ü 2). Die 7. Verhandlungsrunde fand vom 21. bis 23. Juli in Beijing statt, und zwar wiederum auf der Ebene der stellvertretenden Außenminister - auf chinesischer Seite nahm Liu Shuqing teil. Von vornherein stand wieder fest, daß die Gespräche nicht nur auf die Grenzfrage eingengt werden, sondern daß darüber hinaus auch der kulturelle und wissenschaftlich-technische Austausch sowie andere bilaterale Fragen ins Gespräch kommen sollten.

Noch ehe die Gespräche freilich begannen, erfolgte ein scharfer Protest der indischen Regierung gegen angebliche chinesische Grenzverletzungen. Delhi erklärte, daß etwa vierzig Chinesen, zwanzig davon in Uniform, beim Grenzabschnitt Kameng im nordostindischen Staat Arunachal Pradesh etwa 7 km "auf indisches Territorium vorgedrungen" seien und dort ein Lager aufgeschlagen hätten.

Das Gebiet ist seit vielen Jahren zwischen China und Indien umstritten. China protestiert auch gegen die Verwendung des Namens Arunachal Pradesh.

Beijing konterte mit dem Hinweis, daß das Gebiet chinesisches Territorium sei. Bekanntlich geht es bei dem indisch-chinesischen Grenzstreit um eine Gesamtfläche von 128.000 qkm, und zwar im Westbereich von Jammu und Kashmir sowie im Ostbereich in "Arunachal Pradesh" (zur Rechtslage im einzelnen vgl. C.a., September 1984, S.505-508).

Die Behauptung, chinesische Truppen hätten im Sumdorong Chu-Tal "indisches Territorium" betreten, sei völlig unzutreffend. Erstens einmal werde nämlich die von den Indern in Anspruch genommene sog. "McMahon-Linie" von China ohnehin nicht anerkannt, da sie seinerzeit ohne chinesische Zustimmung gezogen worden sei (Näheres dazu C.a., September 1985, S.505-508). Zweitens aber handle es sich bei dem erwähnten Tal um ein Gebiet, das auch bei Anerkennung der McMahon-Linie nicht indisches Territorium wäre (XNA, 23.8.86).

Überschattet waren die Gespräche auch von anderen Grenzproblemen. Noch im Mai hatte Delhi anlässlich der Öffnung des Khunjerab-Passes

zwischen China und Pakistan für Drittländer offiziell protestiert. Der Khunjerab-Paß liegt auf dem zwischen Indien und Pakistan umstrittenen Kashmir-Gebiet, auf das Indien Anspruch erhebt. Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums hatte daraufhin bei einer Pressekonferenz betont, daß der Beschluß Chinas und Pakistans, am 1. Mai 1986 den Grenzübergang offiziell auch für Bürger dritter Länder zu öffnen, ein normales Anliegen der beiden benachbarten souveränen Staaten sei und daß kein anderes Land das Recht habe, sich in diese Fragen einzumischen. Die chinesische Seite habe mehrfach erklärt, die Vereinbarung berühre nicht die Frage der Zugehörigkeit der zwischen Indien und Pakistan umstrittenen Region Kashmir (XNA, 3.5.86, in SWB, 5.5.86 und XNA, 14.5.86, in SWB, 15.5.86).

Dies war die Atmosphäre, in der beide Seiten an den Verhandlungstisch gingen. Noch am Vorabend der Verhandlungen wies Außenminister Wu Xueqian darauf hin, daß Indiens Beschuldigungen die Atmosphäre trübten. Die Grenzfrage sei beiden Ländern von der Geschichte hinterlassen worden und man habe aus der Situation das Beste zu machen. Noch während der Verhandlungen gab es eine erneute Eintrübung. In einem Bericht des Press Trust of India hieß es nämlich, daß China die Naga-Rebellen in Nordostindien mit Waffen unterstütze. Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums wies darauf hin, daß dies nicht zutreffe und daß der Bericht des Press Trust offensichtlich darauf angelegt sei, die Beziehungen zwischen beiden Staaten zu unterminieren (XNA, 23.7.86).

Es kam, wie es kommen mußte - die Gespräche endeten wiederum "ohne substantielle Fortschritte" (so XNA, 24.7.86). Trotzdem wurde eine "freundliche und offene Atmosphäre" zugegeben.

Die Vorgänge um die 7. Verhandlungsrunde haben erneut gezeigt, daß es bis zur Normalisierung der chinesisch-indischen Beziehungen noch ein langer Weg ist. -we-

INNENPOLITIK

*

*

*(5)

Konferenz der politischen Führung in Beidaihe über "geistige Zivilisation und politische Reformen"

Von Mitte Juli bis Mitte August 1986 hielt sich die zentrale politische Führung der Volksrepublik China nahezu geschlossen im Prominentensebad Beidaihe rund 400 km nordöstlich von Beijing auf. Seit

1983 kommen hier alljährlich im Sommer die Mitglieder des Politbüros und des ZK-Sekretariats sowie die wichtigsten Vertreter des Staatsrats und der ZK-Abteilungen zu einer inoffiziellen Konferenz über politische und wirtschaftliche Fragen von grundsätzlicher Bedeutung zusammen. Im Mittelpunkt der diesjährigen Tagung standen die Vorbereitung der 6. Plenartagung des XII. Zentralkomitees sowie die Diskussion über politische Reformen.

Auf der 6. Plenartagung des XII. ZK, die für Ende September 1986 angesetzt ist, soll eine Resolution über den Aufbau der sog. "geistigen Zivilisation" (jingshen wenming) verabschiedet werden. Der Entwurf für diese Resolution ist auf der Konferenz von Beidaihe erarbeitet worden. Er basiert auf einer diesbezüglichen Rede des ständigen ZK-Sekretärs Hu Qili, die dieser im April 1986 in Shanghai gehalten hatte. Die Hauptaussagen dieser Rede sind:

- Die Reform bedeutet eine tiefgreifende gesellschaftliche Veränderung, die unbedingt zu befürworten ist.
- Der Aufbau der "geistigen Zivilisation" muß in den Dienst der Reform gestellt werden.
- Demokratie, Menschenrechte und Freiheit dürfen keine Tabus mehr sein.
- Die Sozialwissenschaften müssen sich an der Reform und am Modernisierungsprogramm orientieren und dürfen nicht auf den Marxismus beschränkt bleiben.
- Es muß ein harmonisches Klima für die Entwicklung von Literatur und Kunst geschaffen werden.

In der Frage der politischen Reformen konnte sich die kleine Gruppe radikaler Reformen, die eine echte Demokratisierung des politischen Systems befürworten, erwartungsgemäß nicht durchsetzen. Die demokratisch orientierten Reformkräfte konnten jedoch der politisch dogmatischen Mehrheit das Zugeständnis abringen, daß die öffentliche Diskussion über politische Reformen fortgeführt werden darf. Die Kompromißformel, auf die sich die politische Führung in dieser Frage während der Konferenz von Beidaihe einigte, lautet in etwa wie folgt:

- Diskussionen über die angestrebten politischen Reformen sind erlaubt, doch es sollen keine konkreten Reformmaßnahmen ergriffen werden.
- Ziel aller politischen Reformmaßnahmen muß die Aufrechterhaltung der (alleinigen) Führung der Kommunistischen Partei sein, und die "Vier grundlegenden Prinzipien" dürfen nicht aufgegeben werden.
- Das gegenwärtige politische System der VRCh entspricht im wesentlichen den Erfordernissen der wirtschaftlichen Entwicklung.

sentlichen den Erfordernissen der wirtschaftlichen Entwicklung. Lediglich einige kleinere Teile widersprechen oder entsprechen nicht ganz der ökonomischen Entwicklung. (WEN HUI BAO, Hongkong, 8.8.86, nach SWB, 12.8.86; ZHENGMIN, September 1986, S. 6-10) -sch-

***(6) Umfassende Diskussion über politische Reformen**

Im Juli und August 1986 sind in den chinesischen Massenmedien eine Vielzahl von Artikeln zum Thema politische Reform veröffentlicht worden. Damit ist eine Diskussion wiederaufgenommen worden, die Ende 1980 auf Druck dogmatischer Kräfte eingestellt wurde. Deng Xiaoping hatte bereits in einer Rede am 18. August 1980 umfangreiche Vorschläge zur Reform des Führungssystems von Partei und Staat gemacht. Diese Vorschläge, die damals von jüngeren Reformkräften euphorisch als "80er Reform" (gengshen gaige) begrüßt wurden, sind bis heute jedoch nur zu einem Teil verwirklicht worden. Auch die nun angelaufene Diskussion geht auf eine Initiative Deng Xiaopings zurück. Allgemeines Ziel der angestrebten politischen Reformen ist es, auf politischem Gebiet die bestehenden Hindernisse gegen die Wirtschaftsreformen zu beseitigen und damit die politischen Voraussetzungen für die Weiterentwicklung und Konsolidierung der Wirtschaftsreformen zu schaffen. -sch-

***(7) Sohn von Hu Yaobang erhielt hohen Parteiposten**

Hu Deping, einer der drei Söhne von ZK-Generalsekretär Hu Yaobang, soll zum Generalsekretär der Einheitsfrontabteilung des Zentralkomitees der KPCh berufen worden sein. Dies berichtete die Hongkonger Zeitung XIN WAN BAO am 24. Juli 1986 (nach SWB, 26.7.86). Die bisherige Amtsinhaberin, Frau Chen Xin, wurde zur stellvertretenden Vorsitzenden der Zentralen Kommission für die Angelegenheiten der Nationalitäten ernannt (XNA, 1.8.86). Der 42jährige Hu Deping ist nureiner von vielen Söhnen älterer Spitzenpolitiker, die in den letzten zwei Jahren in Führungspositionen befördert wurden. -sch-

***(8) Neue KPCh-Parteichefs in den Provinzen Anhui und Liaoning**

Als neuer Parteisekretär der Provinz Anhui wurde der bisherige Provinzparteisekretär von Liaoning, Li Guixian, ernannt (Radio Anhui, 27.6.86, nach SWB, 1.7.86). Der 48jährige Li, der seit September 1985 Mitglied des Zentralkomitees

der KPCh ist, löst Huang Huang (53; ebenfalls seit September 1985 ZK-Mitglied) ab, über dessen weitere Verwendung nichts bekannt ist.

Nachfolger von Li Guixiang als Provinzparteisekretär von Liaoning wurde der bisherige Gouverneur von Liaoning, Quan Shuren (XNA, 19.7.86). Der 55jährige Quan ist seit September 1985 ZK-Kandidat. -sch-

***(9) Neuer Gouverneur der Provinz Liaoning**

Zum neuen "amtierenden" Gouverneur von Liaoning wurde der bisherige Stadtparteisekretär von Shenyang, Li Changchun, ernannt (XNA, 19.7.86). Der erst 42jährige Li wird zur dritten Führungsgeneration gezählt, nachdem er von Deng Xiaoping vor einiger Zeit zusammen mit anderen Nachwuchspolitikern öffentlich gelobt worden war. Li, der bereits mit 39 Jahren Bürgermeister der Großstadt Shenyang wurde, gehört dem Zentralkomitee der KPCh seit September 1985 als Kandidat an. Das Amt des Provinzgouverneurs war freigeworden, nachdem der bisherige Amtsinhaber Quan Shuren zum neuen Provinzparteisekretär ernannt worden war. -sch-

VERTEIDIGUNG

*
*

***(10) Neubesetzung der militärischen Führung der VBA-Nordmeerflotte**

Zum neuen Kommandeur der Nordmeerflotte der VBA-Marine wurde Ma Xinchun ernannt. Ma war bisher Generalstabschef der VBA-Marine. Stellvertretender Kommandeur wurde Zhu Hongxi. (XNA, 26.7.86) Diese personellen Veränderungen stehen wahrscheinlich in Zusammenhang mit der umfangreichen Reform der VBA (siehe C.a., Juni 1985, S.376-382). Die Nordmeerflotte mit Hauptquartier in Qingdao ist nach der Ostmeer- und der Südmeerflotte die kleinste der drei regional gegliederten Flotten der VBA-Marine. Die Führung der Südmeerflotte war im August 1985 neu besetzt worden (siehe C.a., August 1985, Ü 8). -sch-

KULTUR

*
*

***(11) Neue stellvertretende Kulturminister**

Mit der Neubesetzung des Postens des Kulturministers im Juni 1986